

diesen eine unmittelbare Kenntnis griechischer Staatsmaximen vermitteln konnte, die den Karolingern und zunächst auch Otto I. gefehlt hatte. Durch Otto den Grossen hat die Byzanzpolitik des Reiches für etwa ein Jahrhundert eine feste Ausrichtung gewonnen; neben der Slavenmission verlangte das Verhältnis zu Ostrom bereits bei dem ersten der Ottonen die angespannteste Aufmerksamkeit in den letzten Jahren des Kaisers. Die Byzanzpolitik wurde ein Dauerproblem des deutschen Kaisertums. Sie musste in Unteritalien einsetzen. Im Balkanraum hatte sich durch die machtvolle Aufwärtsentwicklung Bulgariens in der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts ein Staat zwischen den beiden kaiserlichen Rivalen erhoben, der deren direkte Berührung zunächst ausschloss; alsbald sollte zudem an der Seite Bulgariens auch Ungarn zu staatlichem Zusammenschluss gelangen. So blieb für die nächsten hundert Jahre, ehe die politische Entwicklung dieser neuen Mächte zu ihrer Entfaltung als integrierende Glieder eines europäischen Staatssystems fortgeschritten war, nur ein territoriale Reibungsfläche für die beiden Imperien: der Süden der Apenninenhalbinsel.

Hier aber war durch den Wiederbeginn einer oströmischen Expansion unter dem Herrscher der mazedonischen Dynastie des späteren 10. und 11. Jahrhunderts, Nikephoros II. (963-969) und vor allem Basileos II. (976-1025), unter dem der griechische Besitz in Unteritalien seine grösste Ausdehnung erreichte, grundsätzlich ein Spannungszustand gegeben, auch wenn die Byzantiner nicht das Schwert zogen. Die abendländischen Kaiser mussten den Schutz ihres Reiches im Süden gegenüber Konstantinopel übernehmen und immer wieder von neuem für ihre Rechte eintreten. Erst führten sie den Kampf allein, später boten sich ihnen die einwandernden Normannen als willkommene Helfer gegen den byzantinischen Kaiser dar. Die Byzantinische Frage zählte fast ein Jahrhundert lang zu den sich vererbenden Pflichten des Kaisers. Auch ausserhalb des Reiches hat man das er-